

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [Kommission legt Optionen für eine langfristige Haushaltsplanung der EU nach 2020 vor](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Rat der Europäischen Union

- [Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport zu Erasmus+](#) 3
- [Informelles Treffen der MinisterInnen für Auswärtige Angelegenheiten](#) 3
- [Treffen der Euro-FinanzministerInnen](#) 4
- [Rat für Landwirtschaft und Fischerei berät über Kommissions-Mitteilung "Ernährung und LW der Zukunft"](#) 4
- [Rat für Wirtschaft und Finanzen legt Prioritäten für Haushalt 2019 fest](#) 5

##### Europäische Kommission

- [Social-Media-Unternehmen zur Einhaltung von EU-Verbraucherschutzregeln aufgefordert](#) 6
- [Bürgerinitiative „We are a welcoming Europe, let us help!“](#) 6
- [Kommission präsentiert Ideen für eine effizientere EU](#) 7
- [Kommission besetzt Schlüsselpositionen neu](#) 7

##### Sonstiges

- [Anstieg von Anträgen an EZB zur Bargeld-Beschränkung](#) 8
- [Tagung des Europäischen Rates am 23. Februar 2018](#) 8

##### In eigener Sache

- [Antrittsbesuch von Bundesministerin Schramböck](#) 9
- [StudentInnen der Universität Wien zu Besuch](#) 9

##### Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 11

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 12

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 12

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*

*Fax: 0032 2 742 09 80*

*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Kommission legt Optionen für eine langfristige Haushaltsplanung der EU nach 2020 vor

Die Europäische Kommission präsentierte in ihrer [Stellungnahme](#) vom 14. Februar ihre Ideen für den nächsten EU-Haushalt. Der zukünftige Haushalt müsse auf die Prioritäten und die Zielsetzungen der EU abgestimmt werden, so Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.



Die Staats- und Regierungschefs müssten sich im Klaren darüber sein, dass ihre richtungsweisenden Entscheidungen direkte Auswirkungen auf die Verteilung der Mittel im EU-Haushalt haben werden, so Juncker. Die Kommission präsentierte dafür verschiedene Szenarien bezüglich finanzieller Auswirkungen politischer Entscheidungen. Im Zentrum standen hierbei die von Staaten festgelegten Präferenzen und die durch die öffentliche Diskussion angetriebenen Themen wie u. a. die Einrichtung eines umfassenden Grenzschutzsystems, welches allein rund 150 Mrd. Euro über einen Zeitraum von sieben Jahren kosten würde.

Weiters wurde auf Optionen budgetrelevanter Entscheidungen bei der

Förderung der Verteidigungsunion, der Beschleunigung des digitalen Wandels oder bezüglich einer Umgestaltung der Kohäsions- und Agrarpolitik eingegangen.

Laut einer darauffolgenden [Stellungnahme](#) von Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Ausschusses der Regionen (AdR), müsse die Kohäsionspolitik eine der Prioritäten im EU-Haushalt ab 2020 sein. Einsparungs- oder Umschichtungsvorhaben der Kommission würden strikt abgelehnt. Nur durch eine adäquate Mittelausstattung der [EU-Regionalfonds](#) könne man die EU für zukünftige Herausforderungen rüsten. Schon der [Vorschlag](#) der Kommission, ab 2020 Mittel der EU-Kohäsionspolitik für nationale strukturelle Reformen freizugeben, hatte den AdR auf den Plan gerufen. ([Entschließung](#))

Der soziale und wirtschaftliche Zusammenhalt der Regionen sei ausschlaggebend und der nächste EU-Haushalt richtungsweisend für die Zukunft der Kohäsionspolitik. Die Staats- und Regierungschefs sollten deshalb beim Europäischen Rat am 23. Februar für eine Stärkung der Kohäsionspolitik eintreten, so Lambertz.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport zu Erasmus+

Am 15. Februar kamen in Brüssel die BildungsministerInnen der EU zusammen. Im Zentrum stand die Evaluation des [Zwischenberichts](#) der Kommission zum [Erasmus+](#) Programm sowie dessen zukünftige Ausrichtung. Österreich war durch Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann vertreten.

Der Erfolg des 2014 gestarteten Erasmus+ Programms hängt von der Inklusion aller ab. Deshalb müsse mehr Aufmerksamkeit auf die Erhöhung der Teilnehmerzahlen aus peripheren und sozio-ökonomisch schwächer entwickelten Regionen gelenkt werden, so die Schlussfolgerungen.

Weitere [Punkte](#) der Aussprache waren die Stärkung strategischer Partnerschaften von

Europäischen Universitäten sowie die Förderung der Vielsprachigkeit und der Mobilität von Studierenden.

Zwei Orientierungsvermerke des Ratsvorsitzenden Bulgariens zu [Erasmus+](#) und zur [Europäischen Bildung](#) führten die Diskussionen.

[Mehr Informationen](#)

## Informelles Treffen der MinisterInnen für Auswärtige Angelegenheiten

Am 15. und 16. Februar traten in Sofia die AußenministerInnen der EU zum sogenannten [Gymnich-Treffen](#) zusammen. Österreich war durch Außenministerin Dr. Karin Kneissl vertreten.

Im Zentrum des informellen Treffens standen u. a. Diskussionen zur Lage in Syrien, Kooperation und Partnerschaft im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie die von der Europäischen Kommission am 7. Februar präsentierte [EU-Erweiterungsstrategie für den Westbalkan](#).

Karin Kneissl betonte die neuen Vorstöße der EU in Bezug auf die Westbalkan-Strategie, welche die EU in der Balkan-Region sichtbar machen werden. Hierzu gehörten auch

Investitionen. Gerade für Österreich gelte der Westbalkan als Priorität in der Außenpolitik, was sich auch im Zuge der Schwerpunkte der Österreichischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 zeigen werde.

Das nächste Gymnich-Treffen findet im September 2018 unter österreichischem Ratsvorsitz in Wien statt.

[Mehr Informationen](#)



## Treffen der Euro-FinanzministerInnen

Die FinanzministerInnen der Eurogruppe (EG-19) kamen am 19. Februar zu einer Sitzung zusammen. Im Anschluss folgte eine Diskussion mit Einbezug aller 27 EU-FinanzministerInnen.

Tagesordnungspunkte der EG-19 waren u. a. der Fortschritt Griechenlands bei der Erfüllung der Vorbedingungen, als Voraussetzung für die Auszahlung weiterer Mittel im Rahmen des ESM-Programms, sowie ein Briefing durch die Kommission bezüglich der [Ergebnisse](#) der achten Überwachungsmission nach Abschluss des Anpassungsprogramms in Irland. Weiters befasste sich die EG-19 im Rahmen des [Verfahrens zur Ernennung des EZB-Direktoriums](#) mit den eingegangenen

Bewerbungen für die bald vakant werdende Stelle des Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB).

In weiterer Folge diskutierten die FinanzministerInnen der EU-27 die Fortschritte bei der Umsetzung des im Juni 2016 im Rat für Wirtschaft und Finanzen beschlossenen Fahrplans für die [Bankenunion](#).

[Mehr Informationen](#)

## Rat für Landwirtschaft und Fischerei berät über Kommissions-Mitteilung "Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft"

Am 19. Februar kamen in Brüssel die LandwirtschaftsministerInnen zusammen. Österreich war durch Elisabeth Köstinger, Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, vertreten.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die [Mitteilung](#) der Kommission zu „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ vom 29. November. Schwerpunkte der Aussprache waren demnach u. a. Themen wie Direktzahlungen, Umweltaspekte und die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums.

Weitere Tagesordnungspunkte waren u. a. ein Briefing der EU-Kommission bezüglich des Proteindefizits in der EU und der

wirtschaftlichen Rentabilität von Eiweißpflanzen in der europäischen Landwirtschaft sowie die [Überarbeitung](#) der [Bioökonomie-Strategie der EU](#) von 2012. Letzterer Punkt wurde mit Fokus auf den Übergang zu einer nachhaltigen, ressourcenschonenden und emissionsarmen Kreislaufwirtschaft behandelt.

[Mehr Informationen](#)



## Rat für Wirtschaft und Finanzen legt Prioritäten für Haushalt 2019 fest

Die Mitglieder des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) haben am 20. Februar die [Leitlinien](#) für die Verhandlungen über den EU-Haushalt von 2019 festgelegt. Österreich war durch Finanzminister Hartwig Löger vertreten.

Im Mittelpunkt des Haushalts für das kommende Jahr sollen demnach Transparenz und die effiziente Verwendung der Mittel stehen. Damit soll die Glaubwürdigkeit der EU in Bezug auf den verantwortungsvollen Umgang mit Finanzmitteln gestärkt werden. Weiters sollen, ohne die Finanzierung der Prioritäten einzuschränken, genügend Mittel für unvorhersehbare Aufwendungen zur Verfügung stehen.

Vor allem Projekte mit EU-Mehrwert sollen verstärkt gefördert werden. Wachstumsfördernde Bereiche wie Infrastrukturprojekte, Innovation und Forschung sowie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stehen deshalb ganz oben auf der Prioritätenliste für den Haushalt 2019.

Weiters hat der Rat eine Empfehlung zur Ernennung von [Luis de Guindos](#) zum neuen Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) abgegeben. Die Empfehlung wird dem Europäischen Rat am 23. März 2018 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Auf der [Tagesordnung](#) standen außerdem u. a. die Bedeutung des öffentlichen Auftragswesens für Investitionen und Innovation sowie der [Abschlussbericht](#) der hochrangigen Sachverständigengruppe der Kommission für ein nachhaltiges Finanzwesen.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Social-Media-Unternehmen zur Einhaltung von EU-Verbraucherschutzregeln aufgefordert

Die Kommission fordert Social-Media-Unternehmen auf geltende Verbraucherschutzgesetze einzuhalten. Bereits in einer [Mitteilung](#) vom September 2017 äußerte sich die Kommission zum Umgang von Online-Plattformen mit illegalen Inhalten kritisch.

[Änderungen der Nutzungsbedingungen](#) zur Anpassung an Verbraucherschutzbedingungen der EU sind seit März 2017 bereits 250 Millionen NutzerInnen zu Gute gekommen, jedoch gibt es noch säumige Unternehmen. Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter sind den Forderungen von Verbraucherschutzbehörden demnach nur teilweise und, nach Einschätzung der Kommission, unzureichend nachgekommen.

Vor allem Änderungen, welche das „Melde- und Abhilfeverfahren“ betreffen, mit dem nationale Verbraucherschutzbehörden illegale Inhalte melden und ihre Entfernung

beantragen können, sind nicht weitreichend genug angepasst worden.

Die Kommission und nationale Verbraucherschutzbehörden werden im Rahmen der [Verordnung zur Zusammenarbeit im Verbraucherschutz](#) die angekündigten Änderungen von Social-Media-Unternehmen überwachen. Die Richtlinien über [unlautere Geschäftspraktiken](#), [elektronischen Geschäftsverkehr](#) und über die [Rechte der Verbraucher](#) werden hierbei als Maßstab dienen.

[Mehr Informationen](#)

## Bürgerinitiative „We are a welcoming Europe, let us help!“

Die Kommission hat die Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „We are a welcoming Europe, let us help!“ offiziell registriert. Die Initiatoren sind Verfechter einer Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und fordern von der Kommission die strafrechtliche Verfolgung freiwilliger Helfer auf nationaler Ebene zu stoppen.

Die Registrierung der Bürgerinitiative durch die Kommission bestätigt die rechtliche Zulässigkeit der Initiative. Ab jetzt haben die Organisatoren ein Jahr Zeit, um 1 Mio. Unterstützungserklärungen ([Onlineportal](#)) für den Vorschlag zu sammeln.

Die Bürgerbewegung möchte durch ihre Initiative u. a. mehr Unterstützung von

europäischer Seite für lokale Gruppen, die sich bei der Integration von Flüchtlingen engagieren, erwirken.

Weitere laufende Bürgerinitiativen finden Sie auf der [Website](#) der Kommission.

[Mehr Informationen](#)



## Kommission präsentiert Ideen für eine effizientere EU

Kommissionspräsident Juncker präsentierte am 14. Februar Ideen zur Effizienzsteigerung der EU sowie Maßnahmen, welche die Union bürgernäher machen sollen. Die [Empfehlungen](#) befassen sich vor allem mit dem Wahlverfahren zum Europäischen Parlament 2019.

Die Kommission will an der Spitzenkandidatenregelung, dessen Fortführung durch das Europäische Parlament bereits [beschlossen](#) wurde, festhalten und sie ausbauen. Das Prozedere habe sich bei der letzten Parlamentswahl 2014 bewährt und zu einer erhöhten Kooperation zwischen den drei EU-Hauptorganen beigetragen, so Juncker.

Weiters sollte die Verbindung zwischen nationalen Parteien und den Fraktionen im Europäischen Parlament merkbarer werden. Die Identifikation mit der EP-Fraktion müsse auch in nationalen Wahlkämpfen durch Logos und einer klaren Positionierung nationaler Parteien zu europäischen Themen sichtbar werden.

Besonders werden weiterhin Bürgerdialoge unter Beteiligung von Mitgliedern der Kommission, des Europäischen Parlaments und VertreterInnen aus den Mitgliedstaaten und den Regionen gefördert. Initiativen einzelner Mitgliedsländer, die Veranstaltungen mit BürgerInnen zu europäischen Themen austragen, sollen durch die Einführung einer Online-Konsultation zur Zukunft Europas ihre Ergebnisse an die Kommission weitergeben können.

[Mehr Informationen](#)

## Kommission besetzt Schlüsselpositionen neu

Die Kommission hat mehrere interne Ernennungen in der obersten Führungsebene vorgenommen.

Neben dem Wechsel [Martin Selmayrs](#) (Deutschland) vom Kabinett des Kommissionspräsidenten an die Spitze des Generalsekretariats wurden fünf Generaldirektionsposten neu besetzt. So wird beispielsweise [Themis Christophidou](#) (Zypern)

neue Generaldirektorin der Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur sowie [Mariana Kotzeva](#) (Bulgarien) neue Generaldirektorin von Eurostat.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Anstieg von Anträgen an EZB zur Bargeld-Beschränkung

Die Europäische Zentralbank (EZB) verzeichnete 2017 besonders viele Anträge von Mitgliedstaaten zur Einschränkung der Bargeldnutzung.

"Im vergangenen Jahr allein haben fünf Mitgliedstaaten die EZB zu Maßnahmen konsultiert, die die Verwendung von Bargeld begrenzen. Dies ist ein sprunghafter Anstieg zur Zahl vergleichbarer Konsultationen in den Vorjahren", teils mit unverhältnismäßigen Forderungen, sagte Yves Mersch, Direktor für Zahlungsverkehr der EZB.

Verhältnismäßige Gründe zur Bargeld-Beschränkung seien laut EZB Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorfinanzierung sowie Steuerhinterziehung.

Die EZB sei jedoch verpflichtet, so Mersch, den Status von Bargeld als gesetzliches

Zahlungsmittel zu verteidigen. Bargeld als Transaktionsmedium garantiere in vielen Fällen die Wahrnehmung von Grundrechten wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und sichere die Privatsphäre der BürgerInnen gegenüber dem Staat.

In der EU war laut [Erhebung](#) der EZB, am Stichtag 31. Dezember 2017, Bargeld im Gegenwert von rund 1.173 Bill. Euro im Umlauf.

[Mehr Informationen](#)

## Tagung des Europäischen Rates am 23. Februar 2018

Am Freitag, den 23. Februar, werden in Brüssel die Staats- und Regierungschefs der EU-27, im Rahmen der [Agenda der EU-Führungsspitzen](#), zu einer informellen Tagung zusammentreten.

Themen der Aussprache werden u. a. die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach den EP-Wahlen 2019 und die Möglichkeit transnationaler Listen sein.

Weitere Punkte werden die politischen Prioritäten des Mehrjährigen Finanzrahmens

([MFR](#)) nach 2020 sowie die zukünftigen Besetzungsmechanismen von EU-Spitzenpositionen sein.

[Mehr Informationen](#)



# In eigener Sache

## Antrittsbesuch von Bundesministerin Schramböck

Am 21. Februar empfing Dr. Richard Seeber Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort Dr. Margarete Schramböck zu ihrem Antrittsbesuch in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino.



## StudentInnen der Universität Wien zu Besuch

Am selben Tag waren außerdem StudentInnen des Masterprogramms Europäische Studien der Universität Wien zu Gast, mit denen Dr. Richard Seeber spannende Diskussionen über Tirol in der EU führte.





# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

### [Öffentliche Konsultation zur Europäischen Woche des Sports](#)

Gesellschaftliche Rolle des Sports, Öffentliche Gesundheit  
19 Februar 2018 - 18 Mai 2018

### [Öffentliche Konsultation zum Ökodesign und zur Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten, Geschirrspülern, Waschmaschinen, etc.](#)

Energieeffizienz  
13 Januar 2018 - 07 Mai 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Definition von KMU](#)

Unternehmen und Industrie  
06 Februar 2018 - 06 Mai 2018

### [Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht - von der Evaluierung zur neuen Strategie für 2019-2025](#)

Justiz und Grundrechte  
01 Februar 2018 - 26 April 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen](#)

Umwelt, Handel  
30 Januar 2018 - 27 April 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Warendefinition der EU-Holzverordnung](#)

Umwelt  
29 Januar 2018 - 24 April 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung in der Lebensmittelkette](#)

Lebensmittelsicherheit, Öffentliche Gesundheit  
23 Januar 2018 - 20 März 2018

### [Überarbeitung der Richtlinie 2000/14/EG über umweltbelastende Geräuschemissionen](#)

Umwelt  
23 Januar 2018 - 18 April 2018

### [Offene Konsultation zu den EU-Vorschriften über Produkte für den Hoch- und Tiefbau](#)

Binnenmarkt, Unternehmen und Industrie  
22 Januar 2018 - 16 April 2018

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

## Forschung und Innovation

Urbanistik, Stadtplanung, Innovation	<a href="#">Demonstrating systemic urban development for circular and regenerative cities</a>	27.02.2018	€ 39.000.000
Rohstoffe, Nachhaltigkeit, Umwelt, Innovation, Technologie	<a href="#">Raw materials policy support actions for the circular economy</a>	27.02.2018	€ 3.000.000
Rohstoffe, Nachhaltigkeit, Umwelt, Innovation, Technologie	<a href="#">New solutions for the sustainable production of raw materials</a>	27.02.2018	€ 14.000.000

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Elias Pirker

---

### Abbildungsverzeichnis

eigene Aufnahmen  
[Europäische Kommission](#)